

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 30.05.2006

im Gesundheits- und Krankenpflegeschule am St.-Agnes-Hospital gGmbH,
Louis-Pasteur-Ring 83, 46397 Bocholt

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

Mitglieder:

Frau Bernadette Aehling	46325 Borken	Vertretung für Herrn Markus Jasper
Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp	48734 Reken	
Herr Hubert Bestert	46354 Südlohn	
Frau Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	(bis TOP 2)
Herr Manfred Daberkow	48599 Gronau	
Herr Dietmar Eisele	48683 Ahaus	(bis TOP 3)
Herr Johannes Maus	46342 Velen	
Frau Kirsten Neander-Harks	48703 Stadtlohn	Vertretung für Herrn Gerhard Ludwig
Frau Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Frau Silke Sommers	46399 Bocholt	
Frau Gerti Tanjsek	46397 Bocholt	
Frau Ursula Zurhausen	46325 Borken	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp
Herr Dr. Gerhard Ettlinger
Herr Reinhard Groschke
Herr Hans Ritter
Frau Doris Gausling
Frau Susanne Lökes
Frau Stephanie Fischer
Frau Reinhild Wantia
Frau Regina Kasteleiner
Herr Jürgen Bietenbeck

Gastgeber/Gäste

Herr Ludger Hellmann, Geschäftsführer des St.-Agnes-Hospitals
Herr Dr. Wilhelm Steinmann, Leiter des Brustzentrums St. Marien-Krankenhaus Ahaus
Frau Dr. Angelika Lösse, Stellvertr. Leiterin des Brustzentrums St.-Agnes-Hospital Bocholt
Herr W. Schüring, Oberarzt im Brustzentrum
Frau Christa Maria Kirch, Screening-Zentrum Kreis Borken/Kreis Steinfurt

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 17:10 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere Herrn Hellmann als Gastgeber sowie die Referenten zum TOP 1.

Vor der Beratung des ersten Tagesordnungspunktes führt Vorsitzender Stilkenbäumer die als sachkundige Bürgerin dem Ausschuss zugehörige Frau Kirsten Neander-Harks ein und verpflichtet sie durch Vorlesen der Verpflichtungsformel und durch Handschlag zur gesetzesmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Punkt 1: Begrüßung durch den Geschäftsführer Herrn Ludger Hellmann mit anschließender Vorstellung des Brustzentrums Westmünsterland Ahaus-Bocholt durch Herrn Dr. W. Steinmann

Nach der Begrüßung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit in den Räumlichkeiten der Gesundheits- und Krankenpflegeschule am St.-Agnes-Hospital gibt der Geschäftsführer des St.-Agnes-Hospitals, Herr Hellmann, einen allgemeinen Überblick zum St.-Agnes-Hospital als Schwerpunkt-Krankenhaus im Kreis Borken und Mitglied im Klinikverbund Westmünsterland GmbH. Danach stellt er das kooperative Brustzentrum Westmünsterland Ahaus-Bocholt mit seinen Standorten in Ahaus und Bocholt, die weiteren Kooperationspartner sowie deren Zusammenwirken dar. Die von Herrn Hellmann gezeigten Folien sind als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Anschließend schildert Herr Dr. Steinmann, der Leitende Arzt des Brustzentrums, die Aufgaben des Brustzentrums und macht anhand von Zahlen deutlich, wie wichtig eine solche Einrichtung zur Versorgung erkrankter Frauen ist. Hierbei geht er insbesondere auf das Zusammenwirken der verschiedenen Kernleistungen, wie Radiologie, Pathologie, Onkologie und Strahlentherapie ein. Er erläutert außerdem das ganzheitliche Behandlungskonzept inklusive psychotherapeutischer Unterstützung im Brustzentrum Westmünsterland, das eine optimale Betreuung der Patientinnen gewährleisten sollte. Eine Zusammenfassung seiner Ausführungen mit dem Titel „Das kooperative Brustzentrum des Klinikums Westmünsterland“ (die bereits in der Sitzung verteilt wurde) ist als Anlage 2 zur Niederschrift beigelegt.

Zum Abschluss stellt die Mitarbeiterin des Screening-Zentrums Kreis Borken/Kreis Steinfurt, Frau Kirch von der Gemeinschaftspraxis für Diagnostische Radiologie Dr. med. M. Krüger/Dr. med. B. Jäger/Dr. med. G. Fischbach, das Verfahren zur flächendeckenden Reihenuntersuchung für Frauen im Alter von 50 bis zur Vollendung des 69. Lebensjahres des Mammographie-Screening-Zentrums im Kreis Borken vor. In den nächsten zwei Jahren würden alle Frauen im Kreis Borken nach einem Zufallsprinzip die Einladung zur radiologischen Brustkrebsfrüherkennung erhalten. Für die Frauen in Bocholt, Rhede und Isselburg werde das Mammographie-Screening im Brustzentrum des St.-Agnes-Hospital durchgeführt. Für die anderen Frauen im Kreis komme ab Mitte Juli das „Mammomobil“, eine mobile Mammographie-Einheit mit den gleichen technischen Voraussetzungen wie im Brustzentrum in die einzelnen Orte, um dort die Vorsorgeleistungen den Frauen anzubieten. Diese Vorsorge werde übrigens von den Krankenkassen bezahlt.

Sie weist zusätzlich darauf hin, dass betroffene Frauen, die keine Einladung abwarten möchten, sich direkt zur Vereinbarung eines Termins an die Zentrale Stelle der Kassenärztlichen Vereinigung in Münster, Tel. 0251/9295000, wenden oder als sogenannte „Selbsteinladerin“ direkt zum Mammographie-Screening in das St.-Agnes-Hospital kommen könnten.

Vorsitzender Stilkenbäumer informiert darüber, dass nach Absprache mit der SPD-Fraktion die Beratung über den Antrag zum TOP 7 vorgezogen und bereits wegen der inhaltlichen Nähe zum TOP 4 hier erfolgen solle. Einwendungen gegen diese Vorgehensweise werden nicht erhoben.

Punkt 7: Patenschaftsprojekt für Schulabgänger, für die der Kreis im Rahmen von Hartz IV zuständig ist
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.05.2006
Vorlage: 0115/2006

Mitglied Schulte stellt klar, dass der Antrag der SPD-Fraktion darauf ausgerichtet sei, die Jugendlichen bereits frühzeitig, das heißt, wenn sie noch die 9. oder 10. Klasse besuchen, bei der Findung eines Ausbildungsplatzes durch persönliches Coachen und durch Beziehungen der Paten zu unterstützen. In der letzten Sitzung des Ausschusses sei der Antrag nur deshalb zurückgezogen worden, weil man davon ausgegangen sei, dass die KAB mit ihrem Projekt dieses Ziel abdecke, unter anderem Recherchen im Internet und in Flyern hätten jedoch ergeben, dass die KAB ihren Handlungsschwerpunkt darin sähen, Abbrüche von Ausbildungen zu verhindern.

Mitglied Daberkow entgegnet hierauf, dass man nicht von irgendwelchen Texten ausgehen solle, sondern es sinnvoller sei, die KAB in den Ausschuss einzuladen und selber zu befragen.

Vorsitzender Stilkenbäumer erklärt hierzu, dass er mit der KAB gesprochen habe. Es würde niemand abgewiesen. Die Akquise der benötigten Paten gestalte sich jedoch sehr schwer; bislang seien nur 22 Paten gefunden worden. Die Übernahme einer Schirmherrschaft reiche nicht aus, es sei viel wichtiger Personen zu finden, die aktiv tätig würden. Insofern stimme er dem Vorschlag des Mitglieds Daberkow zu. Außerdem zeige das Konzept „U 25“, dass vom Kreis Borken schon viel unternommen werde.

Herr Haßenkamp weist zudem auf die Gefahren von zwei gleichartigen Projekten hin: Es dürfe nicht dazu kommen, dass die Projekte sich in Konkurrenz die Paten streitig machen. Zudem müsse verhindert werden, dass ungesteuert mehrere Akteure auf Betriebe zugehen, um Ausbildungsplätze zu suchen. Hierdurch könne das gute Miteinander mit den Ausbildungsbetrieben gefährdet werden.

Im Rahmen der weiteren Diskussion wird zu folgendem Ergebnis ein Konsens gefunden:

Die SPD stellt ihren Antrag bis zur nächsten Sitzung zurück. Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema insofern aufzubereiten, als dass der Ausschuss über das Wuppertaler Projekt und die tatsächlichen Aktionen der KAB in diesem Bereich informiert wird, dies durch Vorstellung des Projektes in der nächsten Ausschusssitzung durch die KAB selbst.

**Punkt 5: 1. Controllingbericht 2006 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit -
Vorlage: 0121/2006**

Berichterstatter: Herr Groschke
Herr Dr. Ettliger

Als herausragende Veränderung stellt Herr Groschke die Mehreinnahme von 1 Mio. € beim Wohngeld für Heimbewohner heraus. Das Bundesverwaltungsgericht habe die in den vergangenen Jahren von den Wohngeldstellen angewandte Einkommensberechnung für falsch erklärt, so dass die rückwirkende Neuberechnung zu dieser Mehreinnahme führe. Dieser Umstand habe erst jetzt berücksichtigt werden können. Da es sich lediglich um eine interne Verrechnung zwischen Behörden handele, wirke sich dieser Umstand für den betreffenden Personenkreis nicht aus.

Zu dem Bereich „Unterkunftskosten im Rahmen des SGB II“, der nicht im Controllingbericht aufgeführt sei, informiert Herr Groschke, dass die zu erwartenden Kosten von 36 Mio. € auf 40 Mio. € angestiegen seien. Ursächlich sei der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften. Für den Kreis Borken sei diese Entwicklung zwar kostenneutral, da die Kosten von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu tragen seien, es müsse jedoch erkannt werden, dass auch dort die Schmerzgrenze langsam erreicht sei.

Ergänzend führt Herr Haßenkamp zum Bereich Eingliederung im SGB II aus, dass man kürzlich alle Akteure angeschrieben und darüber informiert habe, dass sich das Eingliederungsbudget in der 2. Jahreshälfte wahrscheinlich um mehr als die Hälfte reduziert habe. Klarheit bestehe jedoch erst mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes im Juli 2006. Folgendes zeichne sich jedoch ab:

- Es gebe eine Verschiebung von Kosten von kommunaler auf Bundesebene, so dass das Eingliederungsbudget unerwartet belastet werde.
- Der Bund sehe im Etatentwurf vor, die Mittel um 600 Mio. € zu reduzieren, was auf den Kreis Borken heruntergebrochen eine Minderleistung von 1,2 Mio. € bedeute.

Diese und weitere Positionen zusammen ergäben eine Mindereinnahme von 2,0 bis 2,5 Mio. €. Da der Kreis Borken in seinen Planungen von der bisherigen Finanzierung ausgegangen sei und im 1. Halbjahr bereits entsprechende Mittel verplant worden seien, stünden für das 2. Halbjahr entsprechend geringere Mittel zur Verfügung.

Zusätzlich wäre noch die Frage der Trägerschaft der Reha-Maßnahmen offen. Sollte der Bund Träger werden, würden dadurch weitere Mittel des Budgets an den Bund zurückfließen.

Ursächlich für die oben beschriebene Entwicklung sei unter anderem, dass in 2005 die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende viel Geld zurückgegeben hätten, so dass ihnen nun in 2006 weniger Geld zur Verfügung gestellt werde. Beim Kreis Borken sei dagegen bereits von Anfang an eine entsprechende Struktur vorhanden gewesen, um die notwendige Förderung seines Klientels zu bewerkstelligen. Im Laufe des Jahres sei diese immer weiter angepasst worden, so dass die zur Verfügung stehenden Mittel größten Teils ausgegeben worden seien. Für 2006 habe man in gleicher Größenordnung geplant. Die beabsichtigten

Kürzungen seien für aktive Kreise wie den Kreis Borken insofern eine Bestrafung. Man beabsichtige insofern sich an die Abgeordneten aus dem Kreis Borken zu wenden.

Auch die SPD und CDU beabsichtigen, bei ihren Bundestagsabgeordneten zu intervenieren.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes für die Fachbereiche 50 und 53 zum 30.04.2006 zur Kenntnis.

**Punkt 6: Maßnahmenplanung 2007 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit -
Vorlage: 0120/2006**

Berichterstatterin: Frau Gausling
Frau Wantia

Aus Zeitgründen wird auf weitere Ausführungen verzichtet.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales stimmt der Maßnahmenplanung 2007 für die Fachbereiche 50 – Soziales – und 53 – Gesundheit - zu.

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 8.1: Kommunale Gesundheitskonferenz

Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt. Der nächste Termin ist für den 06.09.2006 geplant.

Punkt 8.2: Kreispflegekonferenz

Herr Groschke teilt mit dass in der letzten Sitzung der Kreispflegekonferenz drei Träger ihre Projekte vorgestellt hätten. Eine Kurzinformation über die vorgestellten Projekte ist als Anlage 6 der Niederschrift beigefügt.

Punkt 8.3: Kinder- und Jugendpsychiatrie in Gronau

Herr Haßenkamp informiert darüber, dass – wie auch aus der Presse zu entnehmen sei – in der letzten Woche der erste Spatenstich zur Errichtung der ambulanten Kinder- und Jugendpsychiatrie in Gronau erfolgt sei.

Punkt 9: Anfragen

Punkt 9.1: Masernepidemie
Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.05.2006
Vorlage: 0124/2006

Die schriftliche Antwort auf diese Anfrage ist als Anlage 7 der Niederschrift beigelegt.

Punkt 9.2: Umsetzung von Hartz IV
Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.05.2006
Vorlage: 0123/2006

Zu den Anfragen gibt Herr Groschke folgende Antworten:

zu Frage 1:

Der Kreis Borken habe sich zwischenzeitlich durch verschiedenste Kampagnen bemüht, den „Service-Punkt ARBEIT“ auch bei den Unternehmen des Kreises bekannt zu machen. So seien u.a. Flyer entwickelt und über die Service-Punkte ARBEIT vor Ort in Umlauf gebracht worden.

Daneben biete der Internet-Auftritt vielfältige Informationen sowohl inhaltlicher Art als auch zu Ansprechpartnern der jeweiligen Service-Punkte ARBEIT vor Ort, u.a. auch für den Bereich Vermittlung/Arbeitgeber-Service.

Weiterhin sei ein kreisweites Arbeitsmarktmonitoring geplant. Eines der Ziele dieses Prozesses solle sein, neue Zugänge und Kontakte zu Arbeitgebern zu knüpfen bzw. bestehende Kontakte zu intensivieren – jeweils durch die zuständigen Ansprechpartner für Vermittlung der Service-Punkte ARBEIT vor Ort.

Letztlich obliege es natürlich dem Engagement vor Ort, im Rahmen von persönlicher Ansprache und Kontaktpflege den Service-Punkt ARBEIT als Partner zu etablieren.

zu Frage 2:

Grds. sei der Service-Punkt ARBEIT auch für diesen Personenkreis zuständig, soweit eine SGB II-Zugehörigkeit vorliege.

Die Mitarbeiter hätten hier zum einen die Möglichkeit, auf verschiedene bundesweite Stellenbörsen im Internet zuzugreifen, die insbesondere auch für höher qualifizierte Personen Angebote beinhalten.

Für angehende Studenten beispielsweise bestehe das Angebot der Arbeitsagentur, die Kompetenz der entsprechenden Fachkräfte in Anspruch zu nehmen, die sich im „Dschungel“

der Universitäten und Fachhochschulen auskennen würden und Infos zu den verschiedenen Studiengängen usw. geben könnten.

zu Frage 3:

Das Recht, auf Unternehmen zuzugehen, könne zunächst niemandem abgesprochen werden. So würden sich neben den Vermittlern der Service-Punkte ARBEIT auch die Arbeitsagentur, private Vermittlungsunternehmen usw. an Arbeitgeber wenden.

Im Kreis Borken gebe es – wie bereits unter 1 angesprochen – bei jedem Service-Punkt ARBEIT feste Ansprechpartner für den Bereich Vermittlung/Arbeitgeber-Service, die für bestimmte Unternehmen – entweder regional oder nach Branchen aufgeteilt – zuständig seien. Dadurch werde gewährleistet, dass zumindest von Seiten der Service-Punkte ARBEIT eine koordinierte Ansprache der Unternehmen erfolge.

zu Frage 4:

Ergänzend zu den Ausführungen unter 3. gebe es im Kreis Borken kreisweite Verfahrensregelungen, in denen die Abläufe im Vermittlungsbereich geregelt seien - insbesondere im Hinblick auf den Kontakt mit den Unternehmen und die Kommunikation der Vermittler untereinander.

Vor diesem Hintergrund sei eine interne kommunale Stellenbörse im Software-Verfahren PROSOZ eingerichtet worden, die den Vermittlern einen praktischen Informationsaustausch über freie Stellen ermögliche und so eine Optimierung der Auswahl passgenauer Bewerber unterstütze.

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

Wilhelm Stilkenbäumer
- Vorsitzender -

Jürgen Bietenbeck
- Schriftführer -